

Der Landesparteitag möge beraten und beschließen:

Antragssteller\*innen: LAG Bildung, Anja Stoeck (Landessprecherin), Thorben Peters (KV Lüneburg), Lisa Apking (KV Lüneburg), Herbert Behrens (KV Osterholz-Scharmbeck), Kerstin Cademartori (KV Hannover), Martin Nass (KV Lüneburg), Gerhard Roth (KV Hildesheim), Hartmut T. Ukena (KV Emden), Marion Köllner (KV Gifhorn)

## **Für ein Menschenrecht auf Bildung**

*„Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. [...] Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muß allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.“* Artikel 26 (1) der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschreibt das Recht eines jeden Menschen auf Bildung und Schulbesuch, einschließlich der Pflicht des Staates, den Schulbesuch zumindest unentgeltlich und den Zugang zu allen Bildungseinrichtungen diskriminierungsfrei zu ermöglichen. DIE LINKE steht wie keine zweite Partei hinter diesem Recht und setzt sich für die Ausfinanzierung der Bildungseinrichtungen sowie für den freien Zugang zu eben diesen ein, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder der sozialen Herkunft.

DIE LINKE Niedersachsen fordert die Abschaffung aller Bildungsgebühren, inklusive der Kita-Gebühren sowie aller Gebühren an Hochschulen. Bildungsträger müssen ausfinanziert werden, um allen einen Zugang zur Bildung zu ermöglichen: Von der Kita bis zur Hochschule.

5 Jahre hatte die SPD/Grüne Landesregierung die Möglichkeit die Gebühren in Niedersachsen abzuschaffen. Diese Möglichkeit haben sie bis auf die Abschaffung der Studiengebühren nicht ergriffen. In der Landtagswahl haben die beiden Parteien der zukünftigen Landesregierung CDU und SPD als Wahlversprechen die Abschaffung der Kita-Gebühren gefordert. Wir werden sie an dieses Versprechen erinnern!

Der Landesparteitag der LINKEN Niedersachsen:

- fordert die Einhaltung dieses Versprechens und ruft die Partei auf, Druck für eine Umsetzung dieses Menschenrechts auszuüben
- bittet das Kommunalpolitische Forum eine (Muster)Stellungnahme für alle kommunalpolitischen Mandatsträger\*innen zu verfassen, in der die Kommunalparlamente die Landesregierung dazu aufrufen, die Kommunen mit entsprechenden Mitteln auszustatten, um die Gebührenfreiheit für Kitas sowie Krippen zu ermöglichen.
- ruft alle kommunalen Mandatsträger\*innen dazu auf diese Anträge in ihren Gremien einzureichen und öffentlichkeitswirksam zusammen mit Bündnispartner\*innen Druck aufzubauen, für ein Recht auf kostenfreie Bildung.